

# Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt  
Pommereller Tageblatt

**Bezugspreis:** Polen und Danzig: In den Ausgabeorten und Filialen monatl. 3,50 Zl. mit Zustellgeld 3,80 Zl. Bei Vorbezug monatl. 3,89 Zl. vierteljährlich 11,66 Zl. Unter Streifenband monatl. 7,50 Zl. Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

**Anzeigenpreis:** Polen und Danzig die einpaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postadressen:** Polen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 262

Bydgoszcz/Bromberg, Donnerstag, 17. November 1938

62. Jahrg.

## Kabinettsumbildung in Budapest.

Kein autoritäres Regime. — Was erwartete man in Polen?

Budapest, 16. November. Das ungarische Kabinettsmitglied Imredy gab am Dienstag seine Demission bekannt. Der Reichsverweser betraute den zurückgetretenen Ministerpräsidenten erneut mit der Kabinettsbildung. In den Nachmittagsstunden konnte Imredy seine Verhandlungen zu Ende führen und die neue Regierungsbildung zu Ende führen und die neue Regierungsbildung zu Ende führen und die neue Regierungsbildung zu Ende führen.

Der neuen Regierung gehören an:  
Als Ministerpräsident Imredy, als Außenminister von Kánya, als Innenminister Keresztes Fischer, als Kriegsminister Bartha, als Finanzminister Keleny, Scheller, als Ackerbauminister Graf Michael Teleki, als Kultusminister Paul Teleki, als Justizminister Nagy von Tasnad, als Verkehrs-, Handels-, Gewerbe- und Industrieminister Kunder, als Handelsminister Andor Jarosch.

Nach den außenpolitischen Änderungen der letzten Zeit wurde im Sinne des verfassungsmäßigen Brauches die Auflösung der Vertrauensfrage und die Arbeit am innenpolitischen

### Reformprogramm der Regierung

normendig, die eine kleine Umbildung innerhalb des Kabinetts erforderte. Der Ministerpräsident stellte die neue Regierung der Konferenz der Partei der nationalen Einheit vor und hielt dort auch seine Programmrede.

Wenn auch die personellen Veränderungen im Kabinettsmitglied geringfügig scheinen, so bedeutet die Regierungsumbildung eine wesentliche straffere Zusammenfassung der Kräfte. Der neuen Regierung liegt die Aufgabe ob, einen Ausgleich zwischen der Partei der nationalen Einheit und der Rechtsopposition im Sinne eines Zusammenwirkens beim Aufbau des vergrößerten Ungarn herbeizuführen.

Die neue Regierung macht es sich zur Aufgabe, die Autorität zu stärken, wenn man auch noch nicht davon sprechen kann, ein autoritäres Regime im eigentlichen Sinne einzuschlagen.

Die Umbildung der ungarischen Regierung wird in Warschau als rein innenpolitisch begründet angesehen. Der Sonderberichterstatter der „Gazeta Polska“, Smogorzewski, meldet aus Budapest, daß in dortigen politischen Kreisen die jetzige Kabinettsbildung nur als ein Hinweis auf die eigentlichen inneren Schwierigkeiten, insbesondere der Agrarreform gewertet werde. Die autoritären Absichten des Ministerpräsidenten Imredy seien vorläufig gescheitert, aber die drei Männer, die ihnen den meisten Widerstand entgegengesetzt hätten, hätten gehen müssen. Wegen dieser rein innenpolitischen Ursache des Ministerwechsels, so schreibt Smogorzewski weiter, sei auch kein Grund für einen Rücktritt des Außenministers von Kánya (auf den man in Polen zu warten scheint — D. R.) vorhanden gewesen, der sich bereitgefunden habe, sein Amt noch einige Zeit zu verwalten. Budapesters ausländische Kreise sehen darin den Beweis, so behauptet wenigstens Smogorzewski, daß die Entwicklung der karpato-ruthenischen Frage von dem bisherigen ungarischen Innenminister eher optimistisch beurteilt werde. Wenn er sich nicht entschlossen habe, sein Amt nach einem so bedeutenden Erfolg wie dem Wiener Schiedsspruch niederzulegen, so rechne er offenbar auf einen noch größeren politischen Erfolg in der Frage der gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze.

## Optimismus in Warschau.

(Sonderbericht der Deutschen Rundschau in Polen.)

Warschau, 16. November.

Die Ansichten für die Zuteilung der ganzen Karpato-Ukraine an Ungarn werden in Warschau immer optimistischer beurteilt. Besondere Bedeutung wird den Äußerungen der italienischen Presse beigemessen, die sich auf Grund der wachsenden Unruhen im Karpato-Gebiet für den sofortigen Anschluß an Ungarn ohne Plebiszit ausspricht.

In Warschau hat am Dienstagabend eine Kundgebung rechtsgerichteter Kreise für die gemeinsame Grenze mit Ungarn stattgefunden, auf welcher der Einsatz der polnischen Armee gefordert wurde. Der „Express Poranny“ schreibt in seinem Leitartikel unter der Überschrift „Hoffnungsloser Widerstand“, die Tschechen könnten bei dem Versuch Karpato-Ruthenien in ihrem Staatsverband zu erhalten, auf niemanden mehr zählen. Die Westmächte hatten 1920 der ruthenischen Bevölkerung die Respektierung ihres Willens versprochen und hätten außerdem in diesem Teil Europas heute nicht mehr viel zu sagen. Von einer Garantie für die neue Grenze könne vor der Erledigung dieser Frage keine Rede sein. Die Tschechen müssen verstehen, so schreibt das Blatt, daß diese Frage so oder so gelöst werden wird. Die karpato-ruthenische Bevölkerung wehre sich erbittert gegen die drohende Katastrophe und Europa, besonders aber Ungarn könne angesichts dieses verzweifelt Hilferufes nicht taub bleiben.

Je schneller also diese Frage gelöst wird, um so besser wäre es für die Tschechen selbst. Die Verzögerung gerechter Lösungen sei ihnen bisher nicht gut bekommen und — werde es auch weiterhin nicht.

Wie der „Kurjer Warszawski“ aus Prag meldet, sind die tschechoslowakischen Verhandlungen mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen worden. Die Autonomie der Slowakei werde einen Bestandteil der neuen tschechoslowakischen Verfassung bilden. Die slowakischen Forderungen seien überwiegend erfüllt worden, insbesondere sei durchgesetzt worden, daß in der Slowakei nur slowakische Regimenter stationiert werden. Die Bildung einer eigenen slowakischen Armee und das Veto-Recht im gemeinsamen Parlament wurden dagegen abgelehnt. Nicht drei sondern vier Ministerien würden für alle drei Bundesstaaten gemeinsam sein und zwar das Außenministerium, das Landesverteidigungsministerium, Finanz- und Wirtschaftsministerium. Für den Posten des Außenministers der Tschechoslowakei ist der protestantische Slowake Dr. Krno vorgesehen. Auch die Frage der Karpato-Ukraine sei in Prag ausführlich behandelt worden.

Ministerpräsident Woloschin habe der ausländischen Presse erklärt, daß die jetzigen Grenzen endgültig seien. Die Welt rechne heute mit der Forderung der Ukraine auf Schaffung eines eigenen Staates. Reichsaußenminister von Ribbentrop habe ihm versichert, daß Deutschland die Zusammenarbeit mit dem autonomen Karpato-Ruthenischen Staat in Erwägung ziehe.

### Auch die Ungarn Siebenbürgens fordern Gleichberechtigung.

Aus Bukarest wird berichtet: Eine Abordnung der ungarischen Minderheit, die 14 Siebenbürger Kreise repräsentiert, hat dem rumänischen Ministerpräsidenten eine Denkschrift überreicht, in der die Ungarn die volle Gleichberechtigung der ungarischen Minderheit in Rumänien fordern. Im besonderen verlangen die Ungarn die Bestätigung der politischen Verbände der ungarischen Minderheit, weiter die Befreiung der Beamtenposten durch Ungarn auf den Gebieten, in denen die ungarische Minderheit in der Mehrheit ist. In wirtschaftlicher Hinsicht verlangen die Ungarn die Freiheit, Organisationen zu gründen, die vom Staate unabhängig sind. Auf kulturpolitischem Gebiet betreffen die ungarischen Forderungen den Schutz der ungarischen Minderheitenschulen. In diesen Schulen sollen ungarische Lehrer unterrichten.

### Unverständliche Beschlagnahme des D.P.D.

In der letzten Ausgabe des Deutschen Pressebüros aus Polen (D.P.D.) erschien ein Auszug aus einer Sonderbeilage, die der „Danziger Vorposten“ der Lage des Deutschtums in Polen gewidmet hatte. Obwohl die betreffende Nummer des „Danziger Vorposten“ auf dem üblichen legalen Wege über die polnische Post an ihre Abonnenten geliefert und auch nicht beschlagnahmt wurde, fiel die Ausgabe des D.P.D. mit dem Auszug aus dem „Vorposten“ der Beschlagnahme zum Opfer. Der Kattowitzer Zeitsor beanstandete einen größeren Absatz am Ende des Artikels.

### König Karl in London.

London, 16. November. (P.M.) Am Dienstagabend ist König Karl von Rumänien mit dem Kronprinzen Michael mit einer Verspätung von 40 Minuten, die durch einen ungewöhnlich starken Nebel im Kanal hervorgerufen wurde, im Sonderzug auf dem Viktoriabahnhof eingetroffen. Der Bahnhof war mit rumänischen und britischen Fahnen, Teppichen usw. geschmückt.

Auf dem Bahnhof wurde König Karl überaus herzlich von König Georg begrüßt. In Begleitung des englischen Königs befanden sich Premierminister Chamberlain, Lord Halifax, Sir Samuel Hoare, der Oberbürgermeister von London und zahlreiche andere zivile und militärische Würdenträger. Nach einem kurzen Aufenthalt in dem Sonderwörterraum fuhren die Könige unter großem Beifall der Zuschauermenge in einer sechsstöckigen Staatskutsche zum Buckingham-Palast, wo die königlichen Gäste der Königin Elisabeth und den Prinzessinnen Elisabeth und Margaret-Rose vorgestellt wurden. Kurz darauf fuhren König Karl und der Kronprinz zum Marlborough-House, um der Königinwitwe Mary ihre Aufmerksamkeit zu machen.

In den Abendstunden fand im Buckingham-Palast ein zu Ehren des Königs Karl durch das britische Königspaar gegebenes Bankett statt, an dem Premierminister Chamberlain, sämtliche Minister, das Diplomatische Korps, zahlreiche Würdenträger und eine Reihe von Vertretern aus Regierungs- und Militärkreisen teilnahmen. Anwesend waren auch der Bevollmächtigte Minister Rumäniens, der südafrikanische Botschafter und Wirtschaftsminister Oswald Pirow sowie der Führer der Arbeitspartei Attlee.

Außer König Karl befinden sich in London der König von Norwegen und auch der König von Griechenland.

### Benesch plante Staatsstreich.

Aus Prag wird gemeldet:

Der Versuch gewisser Kreise, die Rolle des Staatspräsidenten Benesch zu rechtfertigen, hat zu interessanten aufklärenden Feststellungen informierter Prager Kreise geführt. Danach hat Herr Benesch am 4. Oktober, also nach der Münchener Einigung, als in der tschechischen Öffentlichkeit bereits die Forderung nach seinem Rücktritt laut geworden war, die Absicht gehabt, einen Staatsstreich durchzuführen, um die erreichte Einigung zu sabotieren. Herr Benesch hat an diesem Tage den tschechischen Gesandten in Moskau dahin instruiert, daß er beabsichtige, den Beitritt der Tschecho-Slowakei zur Föderation der Sowjetrepubliken zu erklären. Gleichzeitig forderte er den Generalstabschef Kreyci auf, einen militärischen Staatsstreich durchzuführen, die neue Regierung Sirouy zu verhaften und eine neue Militärdiktatur zu errichten. Erst als Kreyci die Mitwirkung an diesem phantastischen Plan verweigerte, entschloß sich Benesch zum Rücktritt und verließ die Tschecho-Slowakei.

### Ohrfeigen in Prag.

Seit einigen Tagen verbreitet der Budapest Rundfunk Informationen über den Verlauf der Konferenz, die in Prag am Tage der Veröffentlichung der amtlichen Verlaufbarung über den Rücktritt des Ministerpräsidenten der Regierung Karpato-Rutheniens Brody stattfand. Wie es sich herausstellte, hatte die Konferenz einen dramatischen Verlauf. In diesem Tage saßen an einem gemeinsamen Tisch die Abordnungen der tschechischen, ruthenischen und slowakischen Regierung mit den Ministerpräsidenten dieser Regierungen an der Spitze. Die Aussprache bewegte sich hauptsächlich über die Frage, ob in Karpato-Ruthenien eine Volksabstimmung für den Anschluß an Ungarn anzuordnen sei oder nicht. Nach ungenügenden Informationen sprach sich Ministerpräsident Brody erst für die Volksabstimmung aus. Dieser Standpunkt wurde vom slowakischen Ministerpräsidenten Tiso unterstützt, während der tschechische Ministerpräsident Sirouy die Ansichten des Ministerpräsidenten Brody energisch bekämpfte. Plötzlich nahm die Diskussion eine gewalttätige Wendung. Brody faßte sich kurz und legte zum letzten Mal seine Argumente vor. Als Antwort darauf sprang der tschechische Ministerpräsident Sirouy von seinem Stuhl auf, ging auf Brody los und versetzte ihm eine Ohrfeige. Die Konferenz war beendet.

Am nächsten Tage wurde die Verlaufbarung veröffentlicht, daß Ministerpräsident Brody zurückgetreten sei. Bekanntlich sitzt Brody bis auf den heutigen Tag im tschechischen Gefängnis.

### 12 Kommunistenführer in Prag verhaftet.

Aus Prag wird gemeldet, daß der Führer der tschechischen Kommunisten, Abgeordneter Gottwald, aus Prag in dem Augenblick geflüchtet ist, als er verhaftet werden sollte. Die Polizei führte eine Razzia auf seine Parteigenossen durch und verhaftete 12 kommunistische Führer unter dem Vorwurf der umstürzlerischen Aktion. Gottwald war Chefredakteur der tschechischen kommunistischen Zeitung „Rude Pravo“. Es wird angenommen, daß er direkt nach Moskau entkommen ist. Die Aktion der Vereinigung Prags von Kommunisten dauert an.

Der Prager Korrespondent einer Warschauer Zeitung berichtet, daß in der Nacht zum Montag in der Hauptstadt der Tschechoslowakei Hausdurchsuchungen bei vielen Studenten vorgenommen worden sind, die eine Aktion vorbereitet hätten mit dem Ziel, eine faschistische Revolution hervorzurufen. Auf Grund des gefundenen belastenden Materials wurden zahlreiche Studenten verhaftet. Im Ergebnis der Hausdurchsuchung wurden das Lokal „Der Aktion zur Bildung einer neuen Tschechoslowakei“ sowie die Zeitung „Majka“ (Banner) geschlossen.

### Ueberfall auf Flandin.

Wie der Pariser Korrespondent des „Kurjer Warszawski“ seinem Blatte meldet, ist es am Montag früh in Paris vor dem Grabe des Unbekannten Soldaten zu einem charakteristischen Vorfall gekommen. Der ehemalige Ministerpräsident Flandin, der zum Vorsitzenden der Alliance Democratique wiedergewählt wurde, befand sich in Begleitung von Anhängern auf dem Wege zum Triumphbogen, um einen Kranz am Grabe des Unbekannten Soldaten niederzulegen. Plötzlich vertrat ihm den Weg eine Gruppe von Personen mit dem Obersten Magne und dem Rechtsanwalt Renouvin an der Spitze, die Flandin den Telegramm-Austausch mit dem Führer und Reichskanzler zum Vorwurf machten, und dem ehemaligen Ministerpräsidenten das moralische Recht absprachen, einen Kranz am Grabe des Unbekannten Soldaten niederzulegen. Im Laufe des Wortwechsels verfechtete der Rechtsanwalt Renouvin Flandin mehrere Schläge. Der Vorfall wird Gegenstand einer Gerichtsverhandlung bilden.

# Frankreich überläßt Osteuropa seinem Schicksal.

**Paris, 16. November. (PAZ)** Der letzte Sonntag wie auch die Beratungen der einzelnen Parteikongresse brachten eine Reihe von Erklärungen maßgebender französischer Politiker über die Außenpolitik. Diese Erklärungen machten sich vornehmlich die jetzt in Frankreich volkstümliche Parole einer Imperial-Politik und die folgerichtigkeit mit dieser Lösung zusammenhängende Frage einer Revision der europäischen Verpflichtungen Frankreichs zu eigen. Der Kongress der Zentrums-Partei beschloß in seiner Erklärung, daß Frankreich in der Außenpolitik

alle Pakte einer Revision unterziehen müßte, die es in Konflikte einbeziehen könnten, wo die französischen elementaren Interessen nicht direkt engagiert sind. Der Führer dieser Partei, der ehemalige Ministerpräsident **Flandin**, formulierte in seiner die Beratungen des Kongresses abschließenden Rede das neue Programm der Außenpolitik Frankreichs folgendermaßen: „Ich vertritt stets den Standpunkt, daß Frankreich überall vertreten sein müsse, aber es müsse die vorkommene Handlungsfreiheit bewahren. Sollten tatsächlich Konflikte in Ost- und Mitteleuropa unvermeidlich sein, so wird Frankreich nach Ansicht Flandins, wenn es nicht intervenieren wird, nur gewinnen, und sich durch die Tatsache stärken, daß sich die andern durch einen Krieg schwächen. Jenseits seiner befestigten Grenzen braucht Frankreich nichts zu fürchten. Nach dem Zusammenbruch des Völkerbundes beruht Frankreichs Aufgabe nicht darauf, die Rolle eines Gendarmen in Europa zu spielen. Die Lebensinteressen Frankreichs liegen augenblicklich in seinem Kolonial-Imperium.“

## Paris ohne Zigaretten.

**Paris, 16. November. (PAZ)** Die Ausgabe des amtlichen französischen Gesehblasses mit den neuen Notverordnungen, die am Sonntag morgen erscheinen sollte, infolge der Materialfülle jedoch erst am Montag um 3 Uhr nachmittags herauskam, wurde sofort in Hunderttausenden von Exemplaren vergriffen. Inzwischen unternahmen die Raucher im Hinblick auf die bevorstehende Erhöhung der Finanzgebühren, von denen auch die Tabakwaren erheblich betroffen werden, einen Run auf die Tabakgeschäfte. Es wurden sämtliche vorhandenen Sorten aufgekauft, so daß die meisten Geschäfte bereits seit Dienstag früh durch Aushang bekanntgaben: „Sämtliche Vorräte ausverkauft.“

Zusammen mit den finanziellen und wirtschaftlichen Notverordnungen, die zum Teil schon erlassen sind, zum Teil noch erfolgen werden, wird auch gleichzeitig eine bedeutende Änderung in den bisher bestehenden Bestimmungen für die in Frankreich lebenden Ausländer vorgenommen werden. Vor allem werden Maßnahmen angekündigt, die es in Zukunft unerwünschten Ausländern unmöglich machen sollen, sich wie bisher in ungläublicher Schnelligkeit in Frankreich naturalisieren zu lassen. Was das Wahlrecht betrifft, so muß der bereits naturalisierte Ausländer in Zukunft fünf Jahre warten, ehe er zur Wahlurne gehen darf. Der Unterschied zwischen dem vorübergehenden Aufenthalt und dem Daueraufenthalt in Frankreich wird schärfer als bisher gemacht. In ganz Frankreich werden Zentralbüros zur Überwachung der Ausländer eingerichtet. Der Fall des jüdischen Mordbrenners **Grynspan** hat zweifellos den letzten Anstoß dazu gegeben, in Frankreich endlich die Überwachung der Ausländer schärfer als bisher durchzuführen.

## Vertrag Frankreich—Syrien unterzeichnet.

In Paris ist der französisch-syrische Vertrag am Dienstag unterzeichnet worden. **Savvas** veröffentlicht im Anschluß daran folgende Meldung: Die Montag im Quai d'Orsay von Außenminister **Bonnet** und dem syrischen Ministerpräsidenten **Djemil Marwan Bey** unterzeichneten Schriftstücke regeln die letzten für die Inkraftsetzung des Vertrages vom 22. September 1936 unerledigt gebliebenen Punkte. Sie stellen das gegenseitige Interesse der beiden Partner fest, die Anwendung des neuen Statuts, das die vertragschließenden Parteien ihren Beziehungen zu geben beschlossen haben, nicht mehr länger hinauszuschieben. In dem Protokoll werden die bereits von Syrien zur Gewährleistung der Ausübung der Gewissensfreiheit getroffenen Maßnahmen, ebenso wie die Folgen, die sie zugunsten der Nichtmuslimen einschließen, zur Kenntnis genommen. Das Protokoll bestätigt die bereits getroffenen Regelungen betreffend das von Frankreich Syrien zur Verfügung gestellte Beamtenstatut. Syrien versichert seinen Wunsch, die Gesetzgebung bezüglich der Dezentralisation loyal und aufrichtig anzuwenden, und zwar mit allen Garantien, die die betreffenden Verträge für die verschiedenen Provinzen umfassen. Das Protokoll sichert schließlich der französischen Sprache den gleichen Platz, den sie augenblicklich im Unterricht innehat.

## Neue Regierung in Sofia.

Aus Sofia meldet **DNB**: Das am Montagabend zustande gekommene bulgarische Kabinett mußte wegen des Widerstandes, der sich gleich nach Bekanntwerden der neuen Ministerliste aus Kreisen der Sobranje-Abgeordneten gegen die Person des Innenministers **Krajnoski** erhob, umgebildet werden. Der Ministerpräsident **Benkovski** trat zum Rücktritt. Das endgültige Kabinett besteht nunmehr aus folgenden Persönlichkeiten: Ministerpräsident und Minister des Äußeren **Rjossejw** **anoff**, Kriegsminister **General Daskaloff**, Bauminister **Spas Ganef**, Inneres, **General Nicola Nedeff**, Finanzen, **Dobri Djotloff**, Unterricht, **Prof. Bogdan Fioloff**, Handel **Mia Kojucharoff**, Landwirtschaft **Iwan Bagetianoff**, Eisenbahnen, **Wladimir Awranoff** und Justiz, **Nicola Jotoff**.

**Wasserstand der Weichsel vom 16. November 1938.**

Kracau	- 2,91 (- 2,89)	Jawischoff	+ 1,56 (+ 1,61)
Warkchau	+ 1,35 (+ 1,45)	Bloct	+ 1,06 (+ 1,16)
Thorn	+ 1,33 (+ 1,46)	Culm	+ 1,30 (+ 1,40)
Graudenz	+ 1,57 (+ 1,64)	Kurzbrad	+ 1,67 (+ 1,76)
Biede	- - (- 1,09)	Wienau	+ 1,07 (- 1,10)
Einlage	- - (+ 2,48)	Schwenhorst	- - (+ 2,60)

(In Klammern die Meldung des Vortages.)

# Jüdisches Kulturleben in Deutschland.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Verfügungen über den Ausschluß der Juden von der Teilnahme an deutschen Kulturveranstaltungen gibt der zuständigen Stelle Anlaß, darauf hinzuweisen, daß durch die Verfügungen in keiner Weise das eigene Kulturleben der Juden in Deutschland berührt wird, wie es nunmehr seit über 5 Jahren in Zusammenarbeit mit den in Frage kommenden jüdischen Kreisen selbst organisiert worden ist. Bereits im Juli 1933 ergab sich die Notwendigkeit einen „Jüdischen Kulturbund“ zu begründen, der im Herbst 1933 bereits eine außerordentlich hohe Zahl von Mitgliedern, darunter etwa 4000 Künstler, umfaßte.

Am 15. Oktober 1933 wurde der Ortsverband Berlin begründet. Seitdem besteht in Berlin ein jüdisches Theater mit einem rein jüdischen Publikum, ferner ein jüdisches Musikleben, u. a. ein jüdisches Symphonieorchester, sonstige Konzert- und Tanzveranstaltungen, ebenfalls eine Kleinkunstabteilung, unter der Leitung von **Max Ehrlich**. 1934 wurden die inzwischen gegründeten jüdischen Kulturbünde in einem Reichsverband jüdischer Kulturbünde zusammengefaßt. Dazu gehören auch die früher schon tätigen jüdischen Kultur- und Kunstorganisationen, insgesamt 184. Die Zahl der Mitglieder stieg auf 184.000. Die Organisation, die nur einmal, und zwar zur Zeit des Mordes an Gustloff aus vier Wochen verboten war, hat auch jetzt ihre Arbeit bereits wieder aufgenommen.

Im Spieljahr 1936/37 fanden innerhalb des Reichsverbandes 2211 Veranstaltungen statt. Das täglich spielende Theater in Berlin steht unter Leitung des aus früherer Zeit bekannten **Dr. Singer**. Als Dirigenten sind u. a. tätig, **Rosenrod**, **Steinbach** usw. Auch sonst sind zahlreiche aus der Zeit vor 1933 her bekannte Persönlichkeiten als Mitwirkende in der jüdischen Kulturorganisation u. a. auch in einer Wanderpielgemeinschaft beschäftigt. Ebenfalls finden ständig jüdische Filmveranstaltungen statt, 617 im letzten Jahr. Es wurden 9 Palästina-Filme und 1 jüdischer Spielfilm „Jdel mit der Fidel“ vorgeführt, der auch im Ausland Verbreitung fand. Den Kulturorganisationen stehen jüdische und fremdländische Erzeugnisse zur Verfügung.

Auch ein umfassendes jüdisches Schrifttum, Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, ist vorhanden. Verschiedene Verlagsanstalten, z. B. der jüdische „Philo-Verlag“ sind Träger der jüdischen Schrifttumsentwicklung. Es handelt sich um Bücher jüdischer Autoren über jüdische Fragen. In Berlin bestehen drei jüdische Buchhandlungen, ferner in Hamburg, Köln, Breslau. Dort wo die Synagogen zu klein oder für Sonderveranstaltungen des jüdischen Kulturlebens nicht geeignet sind, wurden auf Einwirkung der zuständigen Stelle geeignete andere Räume zur Verfügung gestellt. In den Veranstaltungen der jüdischen Kulturorganisationen nehmen, wie ausdrücklich betont wird, in erster Linie die mittleren und ärmeren Schichten des Judentums teil.



## 199 jüdische Millionäre in Berlin.

Der Reichtum der Berliner Juden ist jetzt, wie der „Vokal-Anzeiger“ berichtet, auf Grund der Vermögenserklärung festgestellt worden, zu deren Abgabe die Juden durch die Verordnung vom 26. April d. J. verpflichtet worden waren. Die Ergebnisse zeigen, daß es in Berlin sechs- bis zwölfwache jüdische Millionäre gibt. Zahlreiche Juden verfügen über ein Vermögen zwischen 1-5 Millionen RM. Insgesamt gibt es in Berlin 199 jüdische Millionäre.

Die Verordnung bestimmte, daß alle Juden, soweit ihr Vermögen 5000,- RM oder mehr beträgt, eine Vermögenserklärung abzugeben haben. Es hat sich, wie das Berliner Polizeipräsidium jetzt bekannt gibt, dabei herausgestellt, daß nicht weniger als 35.802 Juden in Berlin anmeldspflichtig waren und somit 5000,- RM oder mehr besaßen. Inzwischen ist dieser Reichtum im einzelnen ermittelt worden. Den Feststellungen liegen die eigenen Angaben der Anmeldepflichtigen zugrunde, die ihr Vermögen eher zu niedrig als zu hoch beziffert haben dürften. Es ergibt sich daraus, daß es in Berlin die stattliche Zahl von 894 Juden gibt, von denen ein jeder nach Abzug seiner Schulden über ein Vermögen von 300.000,- RM und mehr verfügen kann. Der reichste Berliner Jude besitzt nicht weniger als 12 Millionen Reichsmark an Vermögen. Je einer kam 6 Millionen, 7 Millionen, 8 Millionen und 10 Millionen sein eigen nennen. Von den fünfzig Millionen gibt es acht, sieben, die jeder vier Millionen RM ihr eigen nennen. Mit über drei Millionen können aber schon 17 Juden aufwarten. Die Zahlen steigen dann schnell. Ein Vermögen von über 2 Millionen haben 37 Juden, und an einfachen Millionären weist diese Vermögensübersicht 125 auf. Dazu kommen noch 348 Juden, die ein Vermögen besitzen, das zwischen einer halben und einer ganzen Million liegt.

## Die Schulden Max Reinhardts.

Der bekannte Regisseur **Professor Max Reinhardt** hat insgesamt 607.000 RM Schulden in Österreich hinterlassen. Das Schloß Leopoldsdorff, das Reinhardt gehörte, wurde zur Sicherstellung zahlreicher Schulden beschlagnahmt. Wie aus dem Grundbuch hervorgeht, ruhen darauf folgende Lasten: Forderungen des ehemaligen Bundespräsidenten in der Höhe von 162.000 Schilling, Bankforderungen von 60.000

Schilling, **Helene Reinhardt** insgesamt 284.000 Schilling, **Frau Lucie v. Spiegel** geborene **Goldschmidt-Rothschild** 60.000 RM. Der Reichsfinanzminister ist mit rund 210.000 RM vermerkt. Diese Posten stehen nur geringfügige Aktiven gegenüber. Die Einrichtung des Schlosses ist nämlich schon längst verkauft worden.

## Päpstliche Vorbehalte gegen Italiens Rassegesetz.

Wie von päpstlicher Seite bereits in Aussicht gestellt wurde, hat der Vatikan, bezugnehmend auf das mit Italien 1929 geschlossene Konkordat, seine Vorbehalte zur italienischen Gesetzgebung zum Schutze der Rasse vom 10. November im Hinblick auf das Verbot von Ehen zwischen Arianern und Juden ausgesprochen.

Wie das Organ des Vatikans, **„Osservatore Romano“** mitteilt, hat **Pius XI.** nach dem Beschluß des faschistischen Großrates vom 6. Oktober und des Ministerrates vom 10. November in zwei Handschriften sich an den König und Kaiser wie an den Duce gewandt. Die faschistische Regierung wird allerdings, wie der römische Korrespondent des „Danziger Vorposten“ meldet, in einer für den rassistischen Bestand des italienischen Volkes so wichtigen Frage keine wie auch immer geartete Einmischung zulassen. Nachdem jetzt der Vatikan durch die Veröffentlichung im Organ der Kurie Stellung bezogen hat, sieht man eine Revision des Konkordats von 1929 voraus, das im Sinne der Rassenpolitik des Faschismus zu überprüfen und neu zu gestalten ist.

Auf vatikanischer Seite besteht trotz der prinzipiellen Bestätigung von rassistischen Mischhehen wenig Neigung, über diese Frage in erster Meinungsvorschlägen mit dem faschistischen Staat zu kommen. Deshalb macht das Sprachrohr des Vatikans auch beizeiten darauf aufmerksam, daß gegenüber den jährlich in Italien nach katholischem Ritus geschlossenen 300.000 Ehen die Zahl der verbotenen Mischhehen, die jährlich in Italien einige zehn ausmache, nicht ins Gewicht fällt. Es handelt sich dabei um Ehen zwischen Katholiken und getauften Juden. Ehen zwischen Katholiken und nichtkatholisch getauften Juden sind auch nach dem vatikanischen Recht verboten. Dementsprechend kann die durch den „Osservatore Romano“ getroffene Feststellung, daß die italienische Rassegesetzgebung im Widerspruch zur Doktrin der Kirche, zum katholischen Recht und zum Konkordat von 1929 stehe, nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Vatikan sich mit einem prinzipiellen Protest begnügen und vermeiden wird, mit dem faschistischen Staat in einen ersten Konflikt zu geraten.

## Deutschland besteht auf Kolonialforderung vor dem Pirow-Besuch in Deutschland.

Aus Berlin wird uns gemeldet: In Berliner politischen Kreisen sieht man mit Interesse dem Eintreffen des südafrikanischen Ministers **Pirow** in Berlin entgegen, der ausführlich Gelegenheit haben wird, mit dem Führer, dem Reichsaußenminister und dem Generalfeldmarschall **Göring** über die schwebenden internationalen Fragen zu sprechen. Die Bedeutung dieser Begegnungen sieht man darin, daß von ihnen eine Klärung der gegenseitigen Standpunkte erwartet werden darf. Man glaubt auf deutscher Seite auch von der Voraussetzung ausgehen zu dürfen, daß der Minister auf Grund seines langen Aufenthaltes in London auch im Namen der Englischen Regierung wird Auskünfte geben können, wobei zweifellos das Kolonialproblem im Vordergrund stehen, allerdings nicht die einzige zu besprechende Frage sein dürfte.

Die internationale Begleitmusik zu dieser bevorstehenden Unterhaltung wird in Berlin allerdings nicht als ermutigend bezeichnet. Man hat Verständnis dafür, daß Minister **Chamberlain** das Unterhaus bemaht hat, es würden keine Entscheidungen getroffen werden, durch die das englische Parlament vor vollendete Tatsachen gestellt würde. Im übrigen aber wird in englischen parlamentarischen Kreisen wie auch in französischen eine härteste Propaganda entfaltet, welche die Regierungen verpflichten will, weder Kolonien noch Mandate Deutschland zu übergeben. In diesen Ländern beschränken sich die Anhänger einer Kolonialrevision auf das Rezept, dritte unbeteiligte Völker sollten die Revisionsopfer bringen. Ferner betrachtet man es in Deutschland als befremdlich, daß in der Propaganda die Mandate jetzt gewissermaßen als Eigentum Englands und Frankreichs behandelt werden und die Ablehnung der Rückgabe der alten deutschen Kolonien ganz offen mit militärisch-strategischen Argumenten begründet wird.

Es kann hingegen kein Zweifel darüber herrschen, daß unbeschadet aller englischen Anregungen Deutschland unabhängig an seinem Standpunkt festhält, daß es sich ausschließlich um die Wiedergutmachung des Kolonialunrechts, also um die Rückgabe der einstigen deutschen Kolonien handelt, und daß Deutschland unter keinen Umständen bereit sein will, irgendeiner Lösung zu Lasten uneteiligter dritter Staaten, etwa Belgien oder Portugal, zuzustimmen.

## Geschenk Balbos an Göring.

Am Dienstag vormittag wurde Generalfeldmarschall **Göring** in Anwesenheit des Luftfahrtattachés der Italienischen Botschaft, **General Piotta**, durch **Prof. Caputo**, Oberst **Cagna** und Major **Wittembeski** im Auftrage des **Marschalls Balbo** die marmorne Statue der **„Venus aus Lepiti“** überbracht. **Marschall Balbo** ließ seinem Freunde **Hermann Göring** das Kunstwerk mit einem Schreiben überreichen.

Generalfeldmarschall **Göring** hat **Marschall Balbo** für dieses kostbare Freundschaftsgeschenk telegraphisch in herzlichen und bewegten Worten gedankt.

Die Statue wurde am 18. September 1924 bei Ausgrabungen in den römischen Thermen in **Lepiti Magna** gefunden und stellt **Venus** im Bade dar. Das Kunstwerk ist von seltener Schönheit und sehr gut erhalten. Die Skulptur wurde nach dem Vorbild eines **Praxiteles**-Werkes im zweiten Jahrhundert des Römischen Kaiserreiches geschaffen und wie man mit Sicherheit annehmen kann, damals vom Kaiser **Sabrian** in seinen Thermen aufgestellt.

## Wettervorausage:

### Weißt bedeckt.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet meist bedecktes Wetter bei wenig veränderten Temperaturen an.





Wojewodschaft Pommerellen.

Bromberg (Bndgojcz)

16. November.

Aus dem Vereinsleben.

Der Verein Deutscher Kuderinnen

Hatte zu seinem diesjährigen Winterfest unter dem Motto: „Auf zum Danziger Dominik“ eingeladen. Schon zeitig fanden sich in den festlich geschmückten Räumen des „Fritzhof“ zahlreiche Gäste ein.

Erst nach endgültiger Beendigung des Programms lichtete sich die Halle der Besucher ein wenig. Es wurde soviel geboten, daß jedem etwas gebrocht wurde, und die Stimmung war daher durchweg ausgezeichnet.

Danzig-Fahrt des M.B. „Gutenberg“.

Das 50 jährige Bestehen des Danziger Buchdrucker-Gesangsvereins war Veranlassung, daß nicht nur Freunde des deutschen Liedes aus Danzig dem Jubelverein durch ihre Anwesenheit Anerkennung und Verehrung zollten.

Selten wohl wurden hierorts wohnende Sangesbrüder in Danzig herzlich empfangen als die Mitglieder des Vereins „Gutenberg“ Bromberg.

Die Feuerwehr wurde am Dienstag gegen 19.50 Uhr nach dem Hause, Chwytowo (Brunnenstraße) 15, gerufen, wo ein Holzschuppen in Brand geraten war.

Bei der Arbeit verunglückt ist in der Fabrik von Müller die 24jährige Arbeiterin J. Kubiak, Kubelka (Prinzenstraße) 10.

Ein dreifacher Schanzensterdiebstahl wurde heute gegen 6 Uhr morgen in dem Ladengeschäft der Firma „Lejczakow“, Plac Wolnosci (Welkienplatz) 1, verübt.

Selbstmord durch Erhängen beging am Dienstag vormittag der Hausbesitzer und Kaufmann Stanislaw Papierzewski, Kafelerstraße 15.

Ein Chauffeur um 400 Zloty betrogen. Der Chauffeur Stanislaw Gocki meldete der Polizei, daß er durch zwei

Warschauer Kaufleute um 400 Zloty betrogen worden sei. Die Kaufleute seien an ihn herangetreten, um seine Tage für eine mehrtägige Fahrt zu mieten.

Der heutige Wochenmarkt auf dem Rynek Marja. Pilsudskiego (Friedrichsplatz) brachte wenig Verkehr. Der Fuß- und Betttag machte sich sehr bemerkbar.

Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

M. G. B. Kornblume. Heute vollzählig im Kasino. Übungsstunde für Begräbnis. 7681

Graudenz (Grudziadz)

Ein moralisch ganz minderwertiges Subjekt ist ein gewisser Waclaw Karwacki, der sich aus dem Gefängnis vorgeführt, vor dem Burggericht zu verantworten hatte.

Stadtverordnetenwahlen

Heute letzter Tag: Wählerlisten einsehen!
Letzter Termin: Von 17—21 Uhr.

Eine ihm zugefügte Mißhandlung zeigte Jan Kreczman, Lindenstraße (Regionow) 68, der Polizei an. Danach sei er von dem Inhaber einer Restauration in der Pohlmannstraße (Mickiewiczza), als er (K.) in Folge Mangels an Geld zum Bezahlen seiner Rechnung nicht zu begleichen vermochte.

Gestohlen wurde aus der Ludwika Misteckchen Wohnung, Blumenstraße (Awiatowa) 19, ein Geldbetrag von 200 Zloty in 50-Zloty-Scheinen; ferner aus der Siedlung Nr. 2 (Franciszkowo) fünf Obstbäumchen.

Heimat — ein deutscher Film.

Nach dem gleichnamigen Werk von Hermann Sudermann ist ein Ufa-Tonfilm „Heimat“ hergestellt worden, der seit seiner Uraufführung in Danzig im Sommer dieses Jahres in den größten Städten der Welt wahre Triumphe feiert.

In Bromberg hat das Kino „Krytal“ mit der hiesigen Erstaufführung drei ausverkaufte Häuser gehabt. Die Besucher standen unter der außerordentlich starken Wirkung, die auf ein wunderbares Spiel, ausgezeichnete Regie und herrliche Aufnahmen zurückzuführen ist.

Die im ganzen starke Wirkung des Films „Heimat“ wird durch das hervorragende Spiel von Sarah Lean-

Glänzendes Haar betont die Frisur!

Advertisement for Szampon Czarna glówka. Includes text: 'BEZ MYDŁA' and 'das garantiert nicht-alkalische Shampoo!'.

Abgeholt werden können vom 3. Polizeikommissariat, Lindenstraße (Regionow), vier Glascheiben in Größe von je 45x50 Zentimeter, die im Garnisonwäldchen gefunden worden sind.

Thorn (Torun)

Aus dem Konzertsaal.

Der Verein der Kunstfreunde hat seinen Mitbürgern durch die Veranstaltung eines Konzerts der jungen und bekannten Frau Edith Picht-Axenfeld, Klavier, und Herrn Hellmut Jernick, Violine, einen seltenen künstlerischen Genuß bereitet.

Während wir die Pianistin Frau Picht-Axenfeld bei ihrem ersten Konzert in Thorn als Interpretin höchsten Stils von Schumann und Chopin schätzen gelernt hatten, konnten wir sie jetzt als Brahms-Spielerin der Paganini-Variationen bewundern.

Leider haben sich viele Mitbürger den Genuß dieser feinen kulturellen Veranstaltung reichsdeutscher Künstler entgehen lassen.

Von der Weichsel. Wegen den Vortag um 10 Zentimeter weiterhin zurückgegangen, betrug der Wasserstand Dienstag früh um 7 Uhr 1,46 Meter über Normal.

Im Wege öffentlicher Ausschreibung will die Eisenbahn-Betriebsdirektion in Thorn die Lieferung von verschiedenen Pinseln und Bürsten, insgesamt etwa 5800 Stück, vergeben.

Apotheken-Nachdienst ab Donnerstag, 17. November, 19 Uhr, bis Donnerstag, 24. November, 9 Uhr einschließl., sowie Tagesdienst am Totensonntag, 20. November, hat in der Innenstadt die „Rats-Apothek“ (Apteka Radziecka), ul. Szeroka (Breitestraße) 27, Fernsprecher 1250.

Infolge falscher Weichenstellung entgleisten am Montag gegen 14 Uhr auf dem Ploc Bankow (Bankplatz) zwei mit Kohlen beladene Wagen eines auf der Fahrt vom Stadtbahnhof nach der Gosanfalt befindlichen Arbeitszuges der Straßenbahnen.

Wer erzielt. Wir kennen diese Schauspielerin aus einer ganzen Reihe von Filmen. Man hat sie aber bisher meist nur wegen ihrer dunkelgefarbten schönen Stimme in Filmen angelehrt, die nicht viel mehr als Unterhaltungstoff sein sollten.

Neben ihr ist in der Rolle des Vaters Heinrich George zu nennen. Sein großes schauspielerisches Talent vermag mit den sparsamen Mitteln tiefste menschliche Wirkung zu erzielen.

Auch die anderen Mitwirkenden, vor allen Dingen Paul Hörbiger als Domorganist, Leo Slezak als Begleiter der Sängerin und Georg Alexander als Regent passen sich herrlich dem Spiel der Hauptdarsteller an.





